

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Kommissionsvorlage 17/2

[Vorlage für die 1. Sitzung am 29.03.2010]

Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

Vorschlag für eine Strukturierung der Enquete Norddeutsche Zusammenarbeit

1. Formalia/Grobplanung

- Liste der Einzuladenden erstellen
- Festsetzung der Themen
- Entscheidung über Berechnung finanzieller Auswirkungen von Kooperationen

2. Bestandsaufnahme/ Problematisierung bestehender Kooperationen/Fusionen

Bericht Landesregierung zu :

- erfolgten Fusionen
- bestehenden Kooperationen
- bestehenden Staatsverträgen
- geplanten Kooperationen/Fusionen
dazu: pos. Effekte/Probleme/Finanzen - Konsequenzen für zukünftige Kooperationen/Fusionen

3. Impulsreferate von Vertretern bestehender Kooperationen/Fusionen

- ehem. Landrat Kreis Pinneberg Dr. Grimme (Metropolregion)
- Vertreter UV Nord

4. Gebiete zukünftiger Kooperationen/Fusionen (kurz-, mittel- und langfristige) im Hinblick auf Chancen und Risiken (finanzielle Auswirkungen werden mit berechnet)

- ‚Workshop‘ zum Sammeln weiterer möglicher Kooperationen – mit VertreterInnen aller norddeutschen Bundesländer
- Erstellung einer Prioritätenliste
- Einladung von Fachreferenten zu einzelnen Themen, ggf. auch aus den anderen norddeutschen Ländern - **hier u.U. Aufteilung in themenbezogene Arbeitsgruppen**

5. Organisation der neuen Kooperationen unter den Aspekten demokratischer Legitimation und parlamentarischer Kontrolle - Wahrung der parlamentarischen Kontrollrechte

- Beispiel: Statistikamt Nord - Staatsvertrag – keine Zugriff des Landtags auf Haushalt

6. Konsequenzen aus vorangegangenen Überlegungen

- Anpassung Verwaltungsstrukturen
- Anpassung föderaler Strukturen (Bundesrat, Länderfinanzausgleich, Bundesergänzungszuweisungen)
- u. U. Schritte auf dem Weg zu einem Norddeutschen Bundesland

7. Erstellen des Abschlussberichts

Zeitschiene (eine Sitzung pro Monat = 22 Sitzungen bis Dez. 2010)

Thema	1	2	3	4	5	6	7	Reserve
Anzahl d. Sitzungen	1	2	1	6	2	4	2	4

Vorschläge für Einladungen zur Enquete Norddeutsche Zusammenarbeit

Landesregierung

Kommunale Spitzenverbände

Deutscher Gewerkschaftsbund

Unternehmensverband Nord

Handwerkskammer

Landesrechnungshof

Beamtenbund

Bund der Steuerzahler

gez.

Ines Strehlau
und Fraktion